Ergänzungen zur Notverordnung

Die Veränderungen in der Landesverwaltung

Dresden, 24. September.

Das Sächsische Gesetzblatt veröffentlicht den 39 Seiten umfassenden Wortlaut der „Verordnung zur Sicherung des Staatshaushalts und der Haushalte der Gemeinden" vom 21. September 1931.

Aus dem Inhalt, der im wesentlichen bereits bekannt ist, sei noch hervorgehoben: Das Landes-Eichungsamt wird aufgelöst, die Gefangenenanstalt Zwickau I eingezogen. Vereinigt werden das Büro des Stenographischen Landesamts mit der Landtagskanzlei, die Staatliche Lymphanstalt mit der Landesstelle für öffentliche Gesundheitspflege, die Akademie der bildenden Künste mit der Akademie für Kunstgewerbe in Dresden, die Baukasse Dresden mit dem Schloßrentamt.

Kündigungsfristen im Schulwesen

Das Verordnungblatt des Sächsischen Ministeriums für Volksbildung gibt eine Verordnung zur Durchführung von Kap. II des ersten Teiles der Notverordnung vom 21. September bekannt, insoweit das Volks-, Hilfs- und Berufsschulwesen berührt wird. Darnach kann das Ministerium beim Vorliegen besonderer Verhältnisse, besonders zu dem Zweck, möglichst wenige Lehrer beschäftigungslos werden zu lassen, den Zeitpunkt der Durchführung einzelner Sparmaßnahmen später als am 1. November 1931 in Kraft setzen. Es macht sich die Ausfüllung von Fragebogen darüber notwendig, wie sich die sofortige Durchführung der Sparmaßnahmen auf die einzelnen Schulbezirke auswirken würde. Die Fragebogen werden den Bezirksschulämtern und Schulbezirken über die Bezirksschulräte zugehen und sind ausgefüllt unverzüglich dem Bezirksschulamt einzureichen.

Die Kündigungsfrist für nichtständige Lehrkräfte und Aushilfslehrer wird auf vier Wochen festgesetzt. In allen Schularten ist sämtlichen Vertretern, Aushilfslehrern und nichtständigen Lehrkräften für den 31. Oktober 1931 vorsorglich sofort zu kündigen.

Die ersten Proteste

Der Gesamtvorstand der Ortsgruppe Dresden der Deutschen Staatspartei faßte zur sächsischen Notverordnung eine Entschließung, in der es heißt:

In der abermaligen Kürzung der Beamtengehälter sei eine schwere Benachteiligung der sächsischen Beamtenschaft gegenüber den Beamten des Reiches und der übrigen Länder zu erblicken, die sich auf die sächsische Wirtschaft ungünstig auswirken müsse. Die Staatspartei fordere eine gerechte Verteilung der Steuereinnahmen des Reiches zwischen Reich und Ländern, damit eine gleichmäßige Besoldung der Reichs- und Länderbeamten gewährleistet werde.

Auch der Landesbund Sachsen des Deutschen Beamtenbundes, der Dresdner Lehrerverein und die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner in Sachsen wenden sich in scharfen Erklärungen und Entschließungen gegen die sächsische Notverordnung, die als untragbar bezeichnet wird.

Auch der Verband sächsischer Polizeibeamter wendet sich in scharfen Ausführungen gegen die erneute Gehaltskürzung der Beamten.

Der Stadtrat Bautzen richtete an die Staatsregierung ein Schreiben, in dem gegen die angeordnete Aufhebung der Kreishauptmannschaft Bautzen protestiert wird.

Die Mitglieder des Bezirksausschusses Oelsnitz (Vogtl.) befaßten sich eingehend mit der von der Staatsregierung angeordneten Auflösung der Amtshauptmannschaft. In einem an die Staatsregierung gerichteten Telegramm wird gegen diese Maßnahme Protest eingelegt.

Die Steuereinnahmen im August

Die Steuereinnahmen des Landes Sachsen beliefen sich im August dieses Jahres auf 13,36 Millionen Reichsmark gegen 11,10 im Juli 1931 und 6,91 im August 1930. An Reichssteuern wurden überwiesen im August 1931 an das Land 16,14 (August vorigen Jahres 12,61) Millionen Reichsmark. Die Einnahmen der Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern und der Bezirksverbände an eigenen Steuern betrugen von April bis Juni 1931 insgesamt 31,90 (in der gleichen Zeit des Vorjahres 46,95, von Januar bis März dieses Jahres 53,18) Millionen Reichsmark. Ihr Anteil am Ertrage der Reichssteuern belief sich von April bis Juni dieses Jahres auf 17,37 Millionen Reichsmark (gegen 26,67 im Vorjahr und 21,47 von Januar bis März dieses Jahres).

Letzte Nachrichten

Volkspartei verlangt Entscheidungen

Hamburg, 24. September.

Der Pressedienst der Deutschen Volkspartei teilt mit:

Die gestrige Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei nahm die Berichte der eingesetzten Fachausschüsse über die Fragen des öffentlichen Haushalts, der Geld- und Währungspolitik, der Hauszinssteuer und des gesamten Lohnwesens entgegen. Das Ergebnis wird für weitere Verhandlungen der Fraktion mit der Reichsregierung und sonstigen politischen Stellen die gegebene Unterlage sein. Auf Grund eines Berichtes des Fraktionsvorsitzenden über seine Verhandlungen mit dem Reichskanzler über die erlassenen und geplanten Maßnahmen der Reichsregierung und über die gesamte politische Lage fand eine eingehende politische Aussprache statt.

Die Fraktion verzeichnet mit großer Sorge und mit lebhaftem Unbehagen, daß die Reichsregierung gegenüber einer mit jedem Tage gefährlicher werdenden Gesamtlage sich zu durchgreifenden Entscheidungen noch nicht hat entschließen können und daß die bisher veröffentlichten Maßnahmen einen unverkennbar einseitigen Charakter tragen.

Vor Pressevertretern erklärte der Parteiführer Dingeldey, er verhehle nicht, daß man von einem besonderen Vertrauen zur Reichsregierung bei der volksparteilichen Fraktion nicht gerade sprechen könne. Bei ihr herrsche vielmehr der Eindruck vor, daß der entschlossene Wille zur wirklichen Führung, auf den das Volk angesichts der eigenen Unsicherheit den drohenden Gefahren des Winters gegenüber einen Anspruch habe, bis jetzt nicht zu spüren sei.

Die beiden Hauptfragen der Gegenwart seien eine durchgreifende Reform der Hauszinssteuer und eine Auflockerung des Zwangssystems in der gesamten Wirtschaft. In diesen beiden Richtungen sehe die Fraktion bis jetzt keinerlei Ansätze bei der Reichsregierung. Gegenüber den bisher verkündeten Maßnahmen habe die Fraktion das Gefühl, daß sie nicht lediglich durch sachliche Ueberlegungen, sondern auch durch Rücksichten auf sozialdemokratische Wünsche diktiert worden seien.

Der Konflikt in Ostasien

Genf, 24. September.

Die gestern abend abgehaltenen vertraulichen Besprechungen der Ratsmitglieder über den chinesisch-japanischen Konflikt haben ein greifbares Ergebnis nicht gebracht.

Von chinesischer Seite wird nach wie vor die sofortige Zurückziehung der japanischen Truppen verlangt, die bei der Gegenseite auf erhebliche Schwierigkeiten stößt. Dagegen hat sich der japanische Vertreter nach langem Drängen der übrigen Ratsmitglieder bereiterklärt, seiner Regierung telegraphisch die Zustimmung zur Entsendung einer Kommission neutraler Beobachter in die Mandschurei vorzuschlagen. Was die besonders heikle Frage der Beteiligung der außerhalb des Völkerbundes stehenden Mächte an der Lösung des gegenwärtigen Konfliktes betrifft, so hat die Regierung der Vereinigten Staaten mitteilen lassen, daß sie sich an einer Untersuchung des Sachverhaltes in der Mandschurei im Augenblick nicht beteiligen würde. Dagegen verlautet, daß der Präsident des Völkerbundsrates beabsichtige, heute in irgendeiner Form die Völkerbundsversammlung mit der Angelegenheit zu befassen.

Kongreß der 150000 Postbeamten

Berlin, 24. September.

Der Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, der rund 150 000 deutsche Postbeamte umfaßt, begann am Mittwoch in Berlin seinen Verbandstag. Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Flügel, kritisierte stark die überstürzte Rationalisierung und die starre Preispolitik der Wirtschaft. Wenn der Beamtenbund nicht alles Unrecht an den Beamten habe verhindern können, so sei das darauf zurückzuführen, daß das Parlament sich selbst ausgeschieden habe.

In seinem Tätigkeitsbericht trat der Vorsitzende des Verbandes, Kugler, für eine Verbesserung der Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse ein; er wandte sich gegen die Zurückdrängung des Berufsbeamtentums in der Postverwaltung und forderte die 48-Stunden-Woche.

In der ausführlichen Aussprache wurden besonders stark die Wünsche der unteren und mittleren Besoldungsgruppen vorgetragen. Auch wurde die Anrufung des Staatsgerichtshofes wegen der Verletzung wohlerworbener Rechte der Beamten verlangt. Darauf erwiderte der Bundesvorsitzende Flügel, der Deutsche Beamtenbund werde durch Prozesse feststellen lassen, was eigentlich wohlerworbene Rechte seien.

Sport

Verschiebung der Olympischen Spiele?

Ein Vorschlag Englands

Eine angesehene schwedische Tageszeitung bringt die sensationelle Mitteilung, daß das englische Olympische Komitee beabsichtige, dem amerikanischen Olympischen Komitee vorzuschlagen, die Olympischen Spiele 1932 in Los Angeles zu verschieben, bis ruhigere Verhältnisse in der Welt eingetreten sind. Vor diesem Schritt wolle England jedoch erst an die übrigen europäischen Länder herantreten, die in gleicher Weise unter der Krise zu leiden haben. In den führenden Sportkreisen Schwedens wird erklärt, daß Schweden sich dieser Aktion anschließen würde, falls die großen Sportnationen England, Frankreich und Deutschland für eine Verlegung der Olympischen Spiele eintreten.

Schauburg Lichtspiele Ottendorf-Okrilla

Ab Donnerstag bis mit Montag

ALS TONFILM-OPERETTE

Die unsterblichen Bettelstudentenweisen erklingen aufs neue in einem Tonfilm, der nach der weltberühmten Millöcker-Operette gedreht worden ist. Beste gesangliche und schauspielerische Kräfte sind die Mitwirkenden. Eine Fülle lustigster Szenen erregen stürmische Heiterkeit.

Als weiteres Programm:
ein Mickimausfilm „Alice zieht in den Krieg",
Bei den Fischern in der Ostsee und die Wochenschau.

Preise: 0.70, 0.90, 1.10 Mk. Erwbsl. u. Rent. 20 Pfg. Ermäß.
Spielz.: Donnerstag, Freitag, Sonnabd. 8³⁰, Sonntag 5³⁰, 8³⁰, Montag 8³⁰ Uhr.

Sonntag halb 3 Uhr Kindervorf. (20 Pfg.)

Salicyl-Pergament

empfiehlt

Buchhandlung Herm. Rühle.

Zurückgekehrt vom Grabe meines innigstgeliebten, unvergesslichen Gatten, unseres lieben Vaters, Schwieger- und Grossvaters, Bruders und Onkels

Herrn Adolf Gustav Lunze

sagen wir hierdurch für den zahlreichen herrlichen Blumenschmuck und das ehrende Geleit zur letzten Ruhestätte unseren

herzlichsten Dank.

Besonderen Dank Herrn Dr. Förster für seine Bemühungen, den Nachbarn für die herzliche Anteilnahme, sowie Herrn Pfarrer Polster für seine trostreichen Worte und dem Chor für den erhebenden Gesang.

Dir aber lieber Entschlafener rufen wir ein „Ruhe sanft" und „Habe Dank" in dein stilles Grab nach.

Ottendorf-Okrilla, den 23. September 1931.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Achtung! Preisabbau!

Die unterzeichneten Friseure von Ottendorf-Okrilla haben der heutigen Zeit entsprechend ihre Bedienungspreise bis zur äußersten Grenze herabgesetzt und kostet ab heute:

Herren-Haarschneiden	65 u. 55 Pfg.
Rasieren	20 Pfg.
Damen-Bubikopf-Frisieren	75 Pfg.
Damen-Haarschneiden	60 Pfg.

Alle übrigen Preise haben ebenfalls eine bedeutende Senkung erhalten und bitten wir auch fernerhin um freundliche Unterstützung unserer Unternehmen

Rose. Zenker. Groß. Schwarz. Wünsche.

Drucksachen liefert preiswert Buchdruckerei Hermann Rühle.

Gasthaus z. Forsthaus.

Morgen Freitag Abgabe von jungen, zarten

Hirsch-Fleisch.

Ferkel

verkauft

Ottendorf-Okrilla
Radebergerstr. 43.

Handwagen
Kartoffelkörbe
Spreukörbe

sowie alle anderen

Korb- u. Holzwaren

empfiehlt zu billigsten Preisen

Walter Kretzschmar
Lausa

Restaurant zum Rödertal

Auf, alles Sonnabend, den 26. Sept. zum urkomischen

Rödertal - Konzert

da ist der Teufel los, da gibts a gut's Musik und Bier, viel Spaß, Humor und Zeche ist nicht groß.

Küche und Keller bieten das Beste.

Otto Leske und Frau.

Gegen üblen Mundgeruch „Ich will nicht versäumen, Ihnen Mitteilung zu machen, daß ich seit dem Gebrauch Ihrer Zahnpaste „Chlorodont" nicht nur reine, weiße Zähne besitze, sondern auch den bei mir sonst üblichen Mundgeruch verloren habe. Ich werde Ihr Chlorodont aufs beste empfehlen." gez. E. G., Mainz. Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste, Tube 54 Pf. und 90 Pf., und weise jeden Ersatz dafür zurück.